

öffentliche NIEDERSCHRIFT
VERTEILER: 3.3.2.

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Hauptausschuss, HA/037/ XII	
Sitzung am	: 18.01.2021	
Sitzungsort	: Plenarsaal, Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:15	Sitzungsende : 20:15

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r	: gez.	Peter Holle
Schriftführer/in	: gez.	Kim-Isabel Todt

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 18.01.2021

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Holle, Peter

Teilnehmer

Bilger, Christine für Herrn Berbig, ab 18.20 Uhr

Fedrowitz, Katrin

Mährlein, Tobias

Mann, Arne

Matthes, Uwe

für Frau von der Mühlen

Muckelberg, Marc-Christopher

Rathje, Reimer

Roeder, Elke Christina

Oberbürgermeisterin

Schulz, Klaus-Peter

Steinhau-Kühl, Nicolai

Stender, Emil

Thedens, Thomas

Waldheim, Christian

Wangelin, Kornelia

ab 18.21 Uhr

Weidler, Ruth

Verwaltung

Borchardt, Hauke

Leitung Amt 13

Drews, Thorsten

Leitung Rechnungsprüfungsamt

Freter, Anke

Leitung Amt 21

Heinemann, Christoph

Fachbereich 110

Rapude, Jens

Leitung Amt 11

Reinders, Anette

Erste Stadträtin

Struppek, Bernd-Olaf

Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und

Stadtmarketing

Todt, Kim-Isabel

Fachbereich 134, Protokoll

sonstige

Böttcher, Christine

Stadtvertreterin

Büchner, Wilfried

Stadtvertreter

Jeenicke, Hans

Seniorenbeirat

Junghanß, Lukas

Kinder- und Jugendbeirat

Kahlert, Angelika

Seniorenbeirat

Lunding, Arne

Stadtvertreter

Seedorff, Jens

Stadtwerke Norderstedt

Weirich, Theo

Stadtwerke Norderstedt

Entschuldigt fehlten

Teilnehmer

Berbig, Miro
von der Mühlen, Dagmar

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 18.01.2021

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

TOP 3 :

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2020

TOP 4 :

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 23.11.2020

TOP 5 :

Einwohnerfragestunde, Teil 1

TOP 6 : A 20/0498

Finanzkontrolle; hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 08.12.2020

TOP 7 : A 21/0006

kreisfreie Stadt Norderstedt; hier: Antrag der WiN-Fraktion vom 06.01.2021

TOP 8 : M 21/0003

Schlussbericht des RPA zum Jahresabschluss 2019

hier: Erläuterungen durch die Verwaltung

TOP 9 : B 21/0002

Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Aufwendung gemäß § 95 d GO

TOP 10 : B 20/0450/1

Überarbeitung der Gesellschaftsverträge der städtischen Beteiligungsunternehmen;

hier: Beschluss über die neugefassten Gesellschaftsverträge

TOP 11 :

Dauerbesprechungspunkt Schulbau Sondervermögen

TOP 12 :

Einwohnerfragestunde, Teil 2

TOP 13 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

- TOP 13.1 :**
Bericht Frau Roeder - Stabsstellen Ehrenamt und Digitalisierung (CDO)
- TOP 13.2 :**
Bericht Frau Roeder - Umbau Plenarsaal
- TOP 13.3 :**
Bericht Frau Roeder - Bewegungs- und Bestandsstatistik November und Dezember 2020
- TOP 13.4 :**
Bericht Frau Roeder - Jahresbericht 2020 Sielbereitschaft der Stadtentwässerung Norderstedt
- TOP 13.5 :**
Bericht Frau Roeder - Corona-Sonderfonds
- TOP 13.6 :**
Bericht Frau Roeder - Wertstoffhoff Friedrich-Ebert-Straße
- TOP 13.7 :**
Bericht Frau Roeder - Beantwortung Einwohnerfrage Angstraum Glashütte, Mittelstraße
- TOP 13.8 : M 21/0020**
Bericht Frau Roeder - Geschwindigkeitsüberwachung und Rotlichtverstöße, Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Vertrages
- TOP 13.9 : M 21/0018**
Bericht Frau Roeder - Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Norderstedt
- TOP 13.10 :**
Bericht Frau Roeder - Corona-Impfungen
- TOP 13.11 : M 20/0504**
Bericht Frau Reinders - Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Hauptausschusses am 09.11.2020 zur „Belegung und Kosten der Flüchtlingsunterkünfte“
- TOP 13.12 :**
Bericht Frau Reinders - Unterbringungssituation
- TOP 13.13 :**
Bericht Frau Reinders - Tätigkeit als Dezernentin
- TOP 13.14 :**
Anfrage Herr Muckelberg- Onlinesitzungen
- TOP 13.15 :**
Anfrage Herr Mährlein - Einwohnermeldeamt
- TOP 13.16 :**
Anfrage Herr Schenppe - Impfzentrum Norderstedt

Nichtöffentliche Sitzung

**TOP 14 : B 21/0004
Personalangelegenheit**

**TOP 15 :
Berichte und Anfragen - nichtöffentlich**

**TOP 15.1 :
Bericht Frau Roeder - Protokolle außerordentliche Gesellschafterversammlungen**

**TOP 15.2 :
Bericht Frau Roeder - Sachstand Rettungsleitzentrale**

T A G E S O R D N U N G S P U N K T E

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 18.01.2021

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Holle eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei 13 Mitgliedern fest.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Herr Muckelberg beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 7 „kreisfreie Stadt Norderstedt; hier: Antrag der WiN-Fraktion vom 06.01.2021“ in die Stadtvertretung verwiesen wird. Er begründet den Antrag.

Abstimmung über die Verweisung des TOPs 7 in die Stadtvertretung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	1						
Nein:				2					
Enthaltung:					1		1	1	
Befangen:									

Bei 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 7 wird somit heute nicht verhandelt sondern in die Stadtvertretung verwiesen.

Frau Bilger erscheint um 18.20 Uhr zur Sitzung.

Abstimmung über die Nichtöffentlichkeit der TOPs 14 und 15:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	1	2	1	1			
Nein:									
Enthaltung:							1	1	
Befangen:									

Bei 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Frau Wangelin erscheint um 18.21 Uhr zur Sitzung.

Abstimmung über die gesamte, so geänderte Tagesordnung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	2	2	1	1	1	1	
Nein:									
Enthaltung:									
Befangen:									

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 3:

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2020

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 23.11.2020 erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

TOP 4:

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 23.11.2020

Herr Holle berichtet, dass in der letzten nichtöffentlichen Sitzung folgende Beschlüsse gefasst wurden:

- Kostenbeteiligung Rettungsleitzentrale
- Vergabe Telefonzentrale Rettungsleitzentrale
- Grundstücksangelegenheit
- Vergabeangelegenheit

TOP 5:

Einwohnerfragestunde, Teil 1

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6:

A 20/0498

Finanzkontrolle; hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 08.12.2020

Herr Mährlein begründet den Antrag.

Es liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor (**Anlage 1**). Frau Fedrowitz begründet diesen.

Es liegt ein Änderungsantrag der FWuD-Fraktion vor (**Anlage 2**). Herr Thedens begründet diesen.

Der Ausschuss diskutiert.

Herr Muckelberg stellt den Änderungsantrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, *Konzepte in Textform mit der Einladung der Stadtvertretung am 18.05.2021 zu verschicken*, mit welchen Maßnahmen und in welchem zeitlichen Rahmen Lösungen zu folgenden Themen entwickelt werden können:

1. Bewertung des unbeweglichen Vermögens
2. Einführung eines Kennzahlensystems
3. Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung über alle Teilpläne
4. Einführung eines Risikomanagements
5. Einführung einer Liquiditätsplanung
6. Einführung eines Vertragsregisters“

Herr Mährlein übernimmt den Änderungsvorschlag von Herrn Muckelberg.

Herr Thedens zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Die SPD-Fraktion zieht den 1. und 3. Teil ihres Änderungsantrages zurück.

Abstimmung über den 2. Teil des Änderungsantrages der SPD-Fraktion:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	2		1	1	1	1	
Nein:									
Enthaltung:				2					
Befangen:									

Bei 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird somit entsprechend um die Punkte 7 bis 9 ergänzt.

Beschluss

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, Konzepte in Textform mit der Einladung der Stadtvertretung am 18.05.2021 zu verschicken, mit welchen Maßnahmen und in welchem zeitlichen Rahmen Lösungen zu folgenden Themen entwickelt werden können:

1. Bewertung des unbeweglichen Vermögens
2. Einführung eines Kennzahlensystems
3. Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung über alle Teilpläne
4. Einführung eines Risikomanagements
5. Einführung einer Liquiditätsplanung
6. Einführung eines Vertragsregisters
7. Beendigung der Unterstützung einer externen Beratungsfirma bei der Erstellung der Jahresabschlüsse
8. Überprüfung der Hilfsbetriebe
9. Zuordnung des wirtschaftlichen Eigentums an den städtischen Sportanlagen, welche den Sportvereinen mittels Nutzungsvertrag zur Nutzung überlassen wurden

Abstimmung über den so geänderten und ergänzten gesamten Antrag:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	2	2	1	1	1	1	
Nein:									
Enthaltung:									
Befangen:									

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 7: A 21/0006
kreisfreie Stadt Norderstedt; hier: Antrag der WiN-Fraktion vom 06.01.2021

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nicht behandelt. Er wurde in die Stadtvertretung verwiesen (siehe TOP 2).

TOP 8: M 21/0003
Schlussbericht des RPA zum Jahresabschluss 2019
hier: Erläuterungen durch die Verwaltung

Herr Rapude äußert sich. Er gibt eine Übersicht als **Anlage 3** zu Protokoll.

Der Ausschuss diskutiert. Fragen der Mitglieder werden direkt beantwortet.

Herr Drews erläutert, dass aus Sicht des RPA das geänderte und der Stadtvertretung vorgelegte Zahlenwerk der wirtschaftlichen und tatsächlichen Lage der Stadt entspricht und diesem zugestimmt werden könnte.

Über erhöhte Abschreibungen sollte nach Auffassung des RPA, Herrn Drews, die Stadtvertretung entscheiden oder zumindest informiert werden. Herr Rapude sagt eine Information der Stadtvertretung zu.

TOP 9: B 21/0002
Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Aufwendung gemäß § 95 d GO

Beschluss:

Der Leistung folgender außerplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2020 für die Erstattung des Verlustausgleichs ÖPNV wird die Zustimmung gem. § 95 d Gemeindeordnung (GO) erteilt:

ÖPNV

Konto: 547000.531100 – Zuweisungen an Land 214.000,00 €

Deckungsmittel stehen im Haushaltsjahr 2020 durch Mehrerträge bei folgendem Produktkonto zur Verfügung:

ÖPNV

547000.414100 - Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land 214.000,00 €

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	2	2	1	1	1	1	
Nein:									
Enthaltung:									
Befangen:									

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 10: B 20/0450/1**Überarbeitung der Gesellschaftsverträge der städtischen Beteiligungsunternehmen;
hier: Beschluss über die neugefassten Gesellschaftsverträge**

Es liegt ein Änderungsantrag vor (**Anlage 4**). Herr Holle begründet diesen.
Der Änderungsantrag ist nicht wörtlich ausformuliert. Vielmehr wird Herr Heinemann darum gebeten, die Gesellschaftsverträge im entsprechenden Sinne hinsichtlich der einzelnen Punkte zu überarbeiten.

Herr Heinemann und Herr Seedorff äußern sich.
Der Punkt 4 des Änderungsantrages ist gesetzlich vorgeschrieben. D.h. selbst wenn die Berichtspflicht in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen entsprechend gestrichen werden würde, müsste dieser nachgekommen werden.

Der Punkt 4 wird daraufhin einvernehmlich aus dem Änderungsantrag gestrichen.

Abstimmung über den Änderungsantrag:

zu Punkt 1:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4		2	2	1	1	1	1	
Nein:		3							
Enthaltung:									
Befangen:									

Bei 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

zu Punkt 2:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	2	2	1	1	1	1	
Nein:									
Enthaltung:									
Befangen:									

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

zu Punkt 3:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	2	2	1	1	1	1	
Nein:									
Enthaltung:									
Befangen:									

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

zu Punkt 5:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	2	2	1	1	1	1	
Nein:									
Enthaltung:									
Befangen:									

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt

1. dem Gesellschaftsvertrag der wilhelm.tel GmbH in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 1.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung,
2. dem Gesellschaftsvertrag der Stadtpark Norderstedt GmbH in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 2.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung,
3. dem Gesellschaftsvertrag der IKT Regio-Netzwerk GmbH & Co. KG in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 3.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung,
4. dem Gesellschaftsvertrag der IKT Regio-Netzwerk Service GmbH in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 4.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung,
5. dem Gesellschaftsvertrag der Mehrzwecksäle Norderstedt GmbH in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 5.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung,
6. dem Gesellschaftsvertrag der Entwicklungsgesellschaft Norderstedt mbH in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 6.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung,
7. dem Gesellschaftsvertrag der Entwicklungs- und Grundstücksgesellschaft Norderstedt mbH & Co. KG in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 7.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung,
8. dem Gesellschaftsvertrag der „Das Haus im Park“ gGmbH in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 8.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung,
9. dem Gesellschaftsvertrag der Norderstedter Bildungsgesellschaft mbH in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 9.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung und
10. dem Gesellschaftsvertrag der Bildung – Erziehung – Betreuung in Norderstedt gGmbH in der dieser Beschlussvorlage als **Anlage 10.1.** zur Vorlage B 20/0450/1 beigefügten Fassung

inkl. der o.g. Änderungen zu und beauftragt die Oberbürgermeisterin und die Vertreter in den Gesellschafterversammlungen, alle erforderlichen Maßnahmen zur Änderung der bestehenden Gesellschaftsverträge vorzunehmen.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FWuD	Sonstige
Ja:	4	3	2	2	1	1	1	1	
Nein:									
Enthaltung:									
Befangen:									

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

Es besteht Einvernehmen, dass die entsprechend geänderten Gesellschaftsverträge nicht erneut im Hauptausschuss sondern direkt in der Sitzung der Stadtvertretung am 02.03.2021 vorgelegt werden.

**TOP 11:
Dauerbesprechungspunkt Schulbau Sondervermögen**

Es gibt keine Neuigkeiten.

**TOP 12:
Einwohnerfragestunde, Teil 2**

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 13:
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 13.1:
Bericht Frau Roeder - Stabsstellen Ehrenamt und Digitalisierung (CDO)**

Frau Roeder berichtet, dass Herr Jene Halabi inzwischen seine neue Tätigkeit (Stabsstelle Ehrenamt) aufgenommen hat.

Auch die Stabsstelle Digitalisierung (CDO) konnte inzwischen mit Sonja Bahnsen besetzt werden.

Sobald dies coronabedingt wieder möglich ist, werden sich beide Stelleninhaber im Hauptausschuss persönlich vorstellen.

**TOP 13.2:
Bericht Frau Roeder - Umbau Plenarsaal**

Frau Roeder berichtet, dass mit dem Umbau des Plenarsaals aufgrund der aktuellen Umstände erst im Herbst 2021 begonnen wird. Diesbezüglich wird es im Hauptausschuss zeitnah einen ausführlichen Bericht geben.

TOP 13.3:**Bericht Frau Roeder - Bewegungs- und Bestandsstatistik November und Dezember 2020**

Frau Roeder gibt die Bewegungs- und Bestandsstatistik für die Monate November 2020 (**Anlage 5**) und Dezember 2020 (**Anlage 6**) zu Protokoll.

TOP 13.4:**Bericht Frau Roeder - Jahresbericht 2020 Sielbereitschaft der Stadtentwässerung Norderstedt**

Frau Roeder gibt den Jahresbericht 2020 der Sielbereitschaft der Stadtentwässerung Norderstedt als **Anlage 7** zu Protokoll.

TOP 13.5:**Bericht Frau Roeder - Corona-Sonderfonds**

Frau Roeder gibt einen Bericht zum Thema „Corona-Sonderfonds: aktueller Umsetzungsstand“ als **Anlage 8** zu Protokoll.

TOP 13.6:**Bericht Frau Roeder - Wertstoffhof Friedrich-Ebert-Straße**

Frau Roeder berichtet, dass der neue Wertstoffhof an der Friedrich-Ebert-Straße gut angelaufen ist. Im Umweltausschuss wird weiterhin kontinuierlich über diesen berichtet werden.

TOP 13.7:**Bericht Frau Roeder - Beantwortung Einwohnerfrage Angstraum Glashütte, Mittelstraße**

Frau Roeder gibt die Beantwortung einer Einwohneranfrage zum Thema „Angstraum Glashütte, Mittelstraße“ als **Anlage 9** zu Protokoll.

TOP 13.8: M 21/0020**Bericht Frau Roeder - Geschwindigkeitsüberwachung und Rotlichtverstöße, Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Vertrages****Sachverhalt:**

In Folge der Ende des vorigen Jahres durch die Stadt Norderstedt und den Kreis Segeberg getroffenen Entscheidung über die Fortsetzung der bisherigen Aufgabenübertragung zur Geschwindigkeitsüberwachung aus Gründen des Lärmschutzes und der Rotlichtüberwachung, hat auch das Innenministerium der Stadt noch vor Ablauf des Jahres 2020 die notwendige Zustimmung zu der gewünschten Verlängerung bis zum 31.12.2025 erteilt.

Im Einvernehmen mit dem Land, werden der Kreis Segeberg und die Stadt Norderstedt rechtzeitig vor Ablauf der neuerlichen Erprobungsphase einen Erfahrungsbericht erstellen und dem Land übersenden. Damit im Sinne des Landes über die dauerhafte Aufgabenübertragung über den 31.12.2025 hinaus entschieden werden kann, wird es als

zweckmäßig und zielgerichtet angesehen, den Bericht bis spätestens Ende 2023 dem Land vorzulegen.

Für 2020 ergeben sich nach vorläufiger Auswertung folgende Fallzahlen:

Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen:

Niendorfer Straße (4535 registrierte Verstöße)
 Oadby-and-Wigston-Straße (4254)
 Poppenbütteler Straße (4250)
 Schleswig-Holstein-Straße (14.211)

Gesamtzahl registrierte Verstöße (27.250)

Stationäre Rotlichtüberwachung:

Ohechaussee/Schäferkamp (597 registrierte Verstöße)
 Poppenbütteler Straße/Hummelsbütteler Steindamm (102)
 Schleswig-Holstein-Straße/Poppenbütteler Straße (140)
 Schleswig-Holstein-Straße/Stormarnstraße (75)

Gesamtzahl registrierte Rotlichtverstöße (914)

Das Kamera-Fahrzeug (Mobile Überwachung) war in 48 Fällen im Einsatz. Dabei wurden 2451 Geschwindigkeitsverstöße registriert.

Es wird nach ersten Einschätzungen davon ausgegangen, dass der Rückgang der Zahlen von 2019 auf 2020 in Teilen den Corona-Lockdowns geschuldet war.

TOP 13.9: M 21/0018

Bericht Frau Roeder - Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Norderstedt

Sachverhalt:

Wie sicherlich aus der Presse bekannt ist, hat es um den 22.12.2020 einen Hackerangriff auf die EDV der Funke Medien Gruppe gegeben.

Die Funke Medien Gruppe ist über eine Tochterfirma Verlegerin des Hamburger Abendblattes in dessen Regionalausgabe Norderstedt („Norderstedter Zeitung“) die amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Norderstedt erscheinen.

Der Hackerangriff hatte zur Folge, dass zwei der am 08.12.2020 beschlossenen Satzungen, nämlich die Kindertagesstättensatzung und die Abfallgebührensatzung, die beide am 01.01.2021 in Kraft treten sollten, nicht bekannt gemacht wurden.

Die ist hinsichtlich der Kindertagesstättensatzung unproblematisch, da die bisherige Satzung fort gilt und die Gebühren gesenkt werden sollen. Die ist auch rückwirkend unproblematisch.

Die bisherige Abfallgebührensatzung hat aufgrund des § 2 Abs. 1 S. 3 KAG¹ mit Ablauf des 31.12.2020 ihre Gültigkeit verloren, so dass bis zum Inkrafttreten der neuen Satzung keine Rechtsgrundlage für die Erhebung der Abfallgebühren besteht.

¹ Die Satzung verliert, sofern sie nicht für eine kürzere Geltungsdauer erlassen ist, zwanzig Jahre nach Inkrafttreten ihre Gültigkeit. Das gilt auch, wenn die Satzung rückwirkend in Kraft tritt. Eine Nachtragssatzung gilt nur für die Dauer der Satzung, die geändert wird.

Eine Ersatzbekanntmachung nach §§ 68 I. S. i. V. M 60 Abs. 3 LVwG war nicht möglich, da keine Gefahr im Verzuge bestand.

Die Satzungen wurden zwischenzeitlich am 12.01.2021 bekannt gemacht.

Um diesem Problem in Zukunft aus dem Weg zu gehen, wird dem Hauptausschuss und der Stadtvertretung für die Sitzungen am 08.02. bzw. 02.03.2021 ein Vorschlag zur Änderung der Hauptsatzung zur Umstellung auf reine Internetbekanntmachung unterbreitet.

TOP 13.10:

Bericht Frau Roeder - Corona-Impfungen

Frau Roeder berichtet, dass es aktuell weniger Impfstofflieferungen geben (wie schon der Presse zu entnehmen war). Daher werden am morgigen Dienstag, 19.01.2021, keine Terminvergaben für eine Impfung erfolgen.

Der genaue Starttermin des Impfzentrums in Norderstedt dauert daher noch an.

Sie weist darauf hin, dass der Bund eine neue Seite www.impfdashboard.de eingeführt habe, auf der ersichtlich ist wie viele und wer bereits geimpft wurde.

TOP 13.11: M 20/0504

Bericht Frau Reinders - Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Hauptausschusses am 09.11.2020 zur „Belegung und Kosten der Flüchtlingsunterkünfte“

Die Stadt Norderstedt verfügt aktuell über 16 dezentrale Unterbringungsstandorte mit sehr unterschiedlichen Platzzahlen – von der Azubi-WG in der ehem. Teestube in Harksheide mit 7 Plätzen bis hin zu den großen Unterkünften Fadens Tannen, Lawaetzstraße und OWS mit jeweils rund 200 Plätzen. Daneben stehen 13 Einzelwohnungen (städtische und angemietete) für die Unterbringung zur Verfügung.

Aktuell (Stand 10.12.2020) leben 1.143 Personen in den unterschiedlichen Unterkünften. Die Anzahl der Neuzugänge und der Abgänge in den Unterkünften halten sich seit ca. 3-4 Jahren in etwa die Waage, so dass die Zahl der Bewohner/innen insgesamt seit 2016 stagnierend ist.

Hinsichtlich der Unterbringung ist anzumerken, dass die Stadt Norderstedt – wie alle Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein – dazu verpflichtet ist, ihnen nach dem Landesaufnahmegesetz zugewiesene Personen aufzunehmen und vorläufig unterzubringen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Geflüchtete, Asylbewerber/-innen, Spätaussiedler/-innen und Ausländer/-innen, die im Rahmen humanitärer Aktionen aufgenommen werden. Hinzu kommt die Zuständigkeit der Stadt für die Unterbringung obdachloser Menschen nach den Grundsätzen des Landesverwaltungsgesetzes.

Für die Frage der Unterbringung ist der aufenthaltsrechtliche Status, die Staatsangehörigkeit oder die Berechtigung für einen Wohnberechtigungsschein der zugewiesenen und unterzubringenden Bewohnerinnen und Bewohner folglich unerheblich. Diese Daten werden daher von Seiten der Unterkunftsverwaltung nicht bzw. nicht vollständig erhoben. Dies hat zur Folge, dass die gewünschte Aufstellung nach den genannten „Personengruppen“ je Unterkunft von Seiten der Verwaltung nicht erstellt werden kann. Was sich sagen lässt ist:

- Als „klassische Obdachlose“ befinden sich ca. 120 Personen in den städtischen Unterkünften. Davon sind rund 60 Personen – überwiegend in Einzelzimmern – in

der seit langem bestehenden Unterkunft im Langenharmer Weg und in angemieteten Wohnungen, die für das Projekt „Wohnen und Arbeit“ angemietet wurden, untergebracht. Die anderen 60 Personen verteilen sich auf andere Unterkünfte, weil z.B. für obdachlose Familien am Standort Langenharmer Weg keine größeren Wohneinheiten existieren.

- Die überwiegende Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkünfte ist in den letzten Jahren als Flüchtling bzw. Asylbewerber/-innen nach Deutschland gekommen.
- Transferleistungsempfänger/innen nach dem SGB II und XII haben – unabhängig vom ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus – grundsätzlich einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Hierbei handelt es sich um die überwiegende Anzahl der Bewohner/innen. Zwar sind zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner inzwischen berufstätig oder in Ausbildung, allerdings sind die Tätigkeiten überwiegend im Niedriglohnssektor, wo auf Grund des geringen Einkommens ebenfalls im Regelfall ein Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein besteht.
- Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben im Regelfall keinen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Hier ist im Einzelfall eine Prüfung des ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus und der Bleibeperspektive erforderlich.
- Wie viele Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkünfte tatsächlich einen (gültigen) Wohnberechtigungsschein besitzen, könnte nur mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand ermittelt werden (Prüfung jeder einzelnen Akte im zuständigen Fachbereich). Da jedoch bekannt ist, dass viele Bewohner/innen eine eigene, bezahlbare Wohnung suchen, ist davon auszugehen, dass die überwiegende Anzahl an Bewohner/innen über einen Wohnberechtigungsschein verfügt bzw. einen Anspruch darauf hätte.

Hinsichtlich der laufenden **Kosten und Einnahmen** sind diese im Haushalt in zwei Produkten zu finden:

- 315400 – Soziale Einrichtungen für Wohnungslose: hier werden die Kosten für die Unterkünfte Langenharmer Weg und Projekt „Wohnen und Arbeit“ gebucht.
- 315500 – Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer: hier werden die Kosten für alle anderen Unterkünfte gebucht.

Kosten:

Eine Differenzierung der Kosten nach den einzelnen Unterkünften ist nicht möglich.

Das Gesamtergebnis der Kosten über alle Unterkünfte (zusammengefasst aus den o.g. Produkten) für das Jahr 2019 beträgt:

Bauunterhaltung (Grundstücke, bauliche Anlagen, Außenanlagen):	279.762,- €
Bewirtschaftungskosten:	1.509.574,- €
Betreuung:	650.000,- €
Sonstige Kosten (Mieten, Fahrzeuge, Versicherungen usw. / ohne Abschreibung und Zuführung zur Rücklage):	695.809,- €

Einnahmen:

Die Differenzierung der Einnahmen nach den einzelnen Unterkünften sowie den jeweiligen staatlichen Stellen/Behörden ist nicht möglich.

Das Gesamtergebnis der Einnahmen über alle Unterkünfte (zusammengefasst aus den o.g. Produkten) für das Jahr 2019 beträgt:

Gebühreneinnahmen:	4.315.035,- €
Integrationspauschale/-festbetrag des Landes:	638.517,- €
Sonstige Einnahmen (z.B. Erstattungen aus Nebenkosten)	172.527,- €

Mietzahlungen kommen nicht zum Tragen, da die Unterbringung im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Zuweisung erfolgt, was die Verpflichtung zur Zahlung von Benutzungsgebühren nach sich zieht. Mietverträge (als Grundlage für Mietzahlungen) werden nicht abgeschlossen.

TOP 13.12:**Bericht Frau Reinders - Unterbringungssituation**

Frau Reinders gibt einen Bericht zur aktuellen Unterbringungssituation als **Anlage 10** zu Protokoll.

TOP 13.13:**Bericht Frau Reinders - Tätigkeit als Dezernentin**

Frau Reinders berichtet, dass sie ihre Tätigkeit als Dezernentin/Erste Stadträtin zum 31.12.2021 beenden wird.

TOP 13.14:**Anfrage Herr Muckelberg- Onlinesitzungen**

Herr Muckelberg fragt, ab wann Sitzungen aufgrund der aktuellen Lage digital stattfinden werden.

Frau Roeder antwortet direkt. Die Verwaltung arbeitet intensiv daran. Bevor eine digitale Sitzung stattfinden wird, wird es auf jeden Fall noch einen „Testlauf“ geben. Frau Roeder berichtet, dass ein erster Testlauf zur Online-Sitzung voraussichtlich am 08. Februar 2021 im Rahmen des Hauptausschusses stattfinden wird.

TOP 13.15:**Anfrage Herr Mährlein - Einwohnermeldeamt**

Herr Mährlein gibt eine Anfrage zum Thema Einwohnermeldeamt als **Anlage 11** zu Protokoll. Er bittet um schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

TOP 13.16:**Anfrage Herr Schenppe - Impfzentrum Norderstedt**

Herr Holle gibt im Namen von Herrn Schenppe eine Anfrage zum Thema Impfzentrum Norderstedt als **Anlage 12** zu Protokoll.

Die Öffentlichkeit wird für den weiteren Verlauf der Sitzung ausgeschlossen.